

Beschluss (vorläufig)

Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch

I. Freiheit als ein grüner Grundwert

Der Wunsch nach Freiheit hat Menschen und progressive politische Bewegungen schon immer beflügelt. Sich selbst verwirklichen zu können, Neues auszuprobieren, widersprechen zu können – all das sind tiefe menschliche Bedürfnisse. Freiheit zu schützen und zu verwirklichen war und ist ein Kernanliegen grüner Politik. Und auch, wenn elementare Freiheiten heute in unserem Rechtsstaat garantiert sind, ist das Ringen um Freiheit und Selbstbestimmung noch lange nicht zu Ende. Angesichts eines ungekannten wirtschaftlichen Wohlstands und neuer technischer Möglichkeiten entstehen derzeit neue Chancen und Räume der Freiheit. Demgegenüber stehen neue Bedrohungen - Überwachungsorgien schwer kontrollierbarer Geheimdienste wie NSA, GCHQ, BND und Co., die technische Neuerungen zur Massenüberwachung missbrauchen, ein aus den Fugen geratener Sicherheitsdiskurs, eine Privatwirtschaft, die unsere digitalisierten Daten kommerziell uneingeschränkt ausnutzen wollen, aber auch drastische Auswirkungen von Klimaveränderungen und das Artensterben. Hinzu kommt ein anwachsender Leistungs- und gefühlter Selbstoptimierungsdruck, der Menschen in ihrer freien Entfaltung beschränkt.

Freiheit ist einer von vier Pfeilern, die unsere grüne Programmatik tragen. Als Bündnis 90/Die Grünen sind wir maßgeblich aus Freiheitsbewegungen entstanden. Das vergessen wir nicht, im Gegenteil: Unser Grundsatzprogramm von 2002 stellt Selbstbestimmung und Freiheit als einen grünen Grundwert neben Ökologie, erweiterte Gerechtigkeit und lebendige Demokratie. Und wir treten damit ein für Gewaltfreiheit und Menschenrechte und die Verwirklichung des Freiheitsversprechens des Grundgesetzes.

Uns einen als Partei diese Grundwerte. Als Partei der Ökologie treten wir ein für eine offene Gesellschaft und erweiterte Gerechtigkeit. Wir sind als Grüne weder eine konservative, noch eine liberale oder sozialdemokratische Partei, sondern eine eigenständige politische Kraft. Wir wollen unser originär grünes Profil weiter schärfen denn es lohnt sich national wie international, sich für Freiheit einzusetzen.

Wir sind aus vielfältigen Wurzeln zusammengewachsen. Unsere Gründungsgeschichte ist verbunden mit sozialen Bewegungen, die in einer verkrusteten BRD unter anderem für mehr Freiheitsräume, Bürger- und Menschenrechte und die Anerkennung alternativer Lebensstile eingetreten sind. Unser Parteiname BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht für die Verbindung der westdeutschen Neuen Sozialen Bewegungen und ihrem Streben nach Freiheit und Emanzipation mit der ostdeutschen Freiheitsbewegung. Vor 25 Jahren ist die Mauer gefallen, weil Menschen leidenschaftlich für die Freiheit und gegen staatliche Bevormundung und Gängelung gekämpft und ihr Leben riskiert haben. Das wird uns gerade dieser Tage einmal mehr bewusst. In dieser Tradition bewegen wir uns und leiten daraus einen grünen Freiheitsbegriff ab. Die Würde des

Menschen steht bei uns an erster Stelle. Daran orientieren wir uns in unseren Leitlinien, unseren Werten und unserer Politik. Unser Maßstab für eine freie Gesellschaft war immer auch die Lebenswirklichkeit derjenigen, deren Selbstbestimmung durch Diskriminierung und Ausgrenzung eingeschränkt wird. Mit unserem Eintreten für Frauenrechte, für die Rechte von MigrantInnen und Flüchtlingen und die Rechte Homosexueller haben wir wichtige Voraussetzungen für eine freie und vielfältige Gesellschaft geschaffen. Und als überzeugte Verfechterin des europäischen Friedensprojekts und Integrationsprozesses haben wir dazu beigetragen, die Freiheit in Europa ohne Grenzen zu reisen, zu lernen und zu arbeiten zu erkämpfen.

Wir Grüne haben in den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten Freiräume für mehr Selbstbestimmung erkämpft. Auch heute wollen wir mehr Freiheit erstreiten, sie schützen und Bedrohungen der Freiheit zurückdrängen. Wir ringen um den Begriff der Freiheit. Wir sehen ein starkes gesellschaftliches Bedürfnis nach größeren Freiräumen und geschützten Rückzugsräumen. Nach einer Gesellschaft, die nicht nur auf ein Schneller, Höher, Weiter setzt und einem Leben, das Zeit lässt zum Durchatmen. Es gibt den Wunsch nach Gestaltung, die nicht bei jedem Problem auf „Law and Order“ setzt.

Doch unser Einsatz für Freiheit und Selbstbestimmung ist gerade in der jüngeren Vergangenheit nicht immer so wahrgenommen, teils sehr bewusst missinterpretiert und auch von uns nicht immer so signalisiert worden. Der Eingriff der Politik in die individuelle Lebensführung kann nur gerechtfertigt sein, wenn er einen substantiellen Beitrag zur Lösung eines gesamtgesellschaftlichen Problems leistet. Eine Politik, die Freiheit anerkennt, übt sich darum in vernünftiger Zurückhaltung. Die politische Linke hat den Wert von Freiheit und Selbstbestimmung viel zu häufig vernachlässigt. Neoliberale haben Freiheit ohne Verantwortung gepredigt und für maßlose Deregulierung missbraucht. Für die Freiheit der Zocker muss jetzt die Gemeinschaft geradestehen. George W. Bush hat mit dem Ruf nach Freiheit nach dem 11. September 2001 den War on Terror und den Aufbau einer allumfassenden Überwachungsinfrastruktur gerechtfertigt.

Der Grüne Freiheitsbegriff

Das zeigt: Es gibt unterschiedliche Vorstellungen von Freiheit. Dem neoliberalen Verständnis von Freiheit, welches vor allem den Staat als unwillkommene Gängelung individuellen Gewinnstrebens wahrnimmt und im Recht des Stärkeren endet, setzen wir eine verantwortungsbewusste, emanzipatorische, partizipative und solidarische Freiheit entgegen. Freiheit ist für uns Grüne nicht nur Freiheit vor staatlichen Eingriffen, sondern auch Freiheit vor der Ökonomisierung aller Lebensbereiche.

In unserem Grundsatzprogramm haben wir einen **emanzipatorischen** Freiheitsbegriff definiert. Freiheit, Emanzipation und Selbstbestimmung gehören für uns Bündnisgrüne untrennbar zusammen. Jede und jeder soll sich frei entfalten, so lange damit nicht in die Freiheit der Anderen eingegriffen wird. Wir wollen eine Gesellschaft, die von den Bürgerinnen und Bürgern aktiv mitgestaltet wird, in der alle Menschen ihr Leben selbst gestalten, ihre Kreativität ausleben und ihre Potentiale nutzen können – frei von Bevormundung. Gesetzlichen Bestimmungen und gesellschaftlichen Normen, die Menschen diskriminieren, stellen wir uns entgegen. Auf diesem Weg haben wir viel erreicht.

Es wird immer wieder Freiheitsentscheidungen geben, die uns nicht gefallen und die in Widerstreit mit den Zukunftschancen künftiger Generationen stehen. Der Konflikt zwischen dem Freiheitsinteresse des Einzelnen und übergeordneten Allgemeininteressen lässt sich nicht in jedem Fall widerspruchsfrei auflösen. Dafür braucht es politische Aushandlungsprozesse.

Wir wollen unsere grüne Freiheitserzählung weiterentwickeln. Dazu schärfen wir unseren Freiheitsbegriff an unseren anderen grünen Grundwerten.

- *Ökologie und Freiheit*

Der grüne Leitspruch „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“ verdeutlicht, dass die ökologischen Grenzen den Rahmen der Freiheit jeder Generation bilden. Diese zu definieren ist unsere Aufgabe. Seit Jahrzehnten überschreitet unser Land seine ökologischen Grenzen im großen Stil: Weltweit verbrauchen wir im Durchschnitt Ressourcen von fast 2,5 Planeten im Jahr und zerstören dadurch unsere natürliche Lebensgrundlage und das Klima. Damit leben wir ökologisch auf Pump und auf Kosten der Freiheit heutiger und nächster Generationen. Deshalb ist unser Freiheitsbegriff **verantwortungsbewusst**. Wir sind die Partei, die die Gesellschaft von morgen denkt und den Menschen dafür heute Lösungen anbietet.

Viele Entscheidungen, die wir treffen, haben Auswirkungen auf die ganze Welt. Unser Freiheitsbegriff, der von der universellen Würde aller Menschen ausgeht, berücksichtigt deshalb auch die globalen Zusammenhänge. Wir wollen einerseits den Menschen möglichst viel Platz zur Selbstentfaltung geben, andererseits wollen wir die Gemeinschaft, das Klima und die Artenvielfalt schützen. Damit wir unsere Freiheit nicht auf Kosten künftiger Generationen, der Umwelt und ärmerer Länder ausleben, braucht es einen Rahmen und Regeln für das Zusammenleben. Wie dieser Rahmen aussieht und was eine legitime Einschränkung ist, muss demokratisch verhandelt werden.

Klar ist für uns, dass es Regulierung und Vorschriften braucht, aber auch freien Raum für neue Ideen und kreative Ansätze. Dabei wird es immer wieder nötig sein, in die individuellen Freiheiten und Interessen einzugreifen. Doch konzentrieren wir uns als Anwält*innen der BürgerInnen bei der notwendigen Regulierung darauf, die Strukturen zu verbessern. Im Lebensmittelbereich setzen wir also vor allem bei den ProduzentInnen an und nicht bei den KonsumentInnen. Ob jemand am Donnerstag Fleisch isst oder nicht, ist uns herzlich egal. Wir wollen hohe ökologische Standards und Tierschutz durch artgemäße Haltung durchsetzen und die VerbraucherInnen besser über die Produktionsbedingungen aufklären. Eine nachhaltige und gerechte Produktion von Lebensmitteln ist mit dem zurzeit vorherrschenden Konsumverhalten in unserer Gesellschaft nicht vereinbar. Daher werben wir weiterhin für einen nachhaltigen Konsum. Wir wollen es Konsumentinnen und Konsumenten ermöglichen, individuelle und informierte Entscheidungen zu treffen.

- *Gerechtigkeit und Freiheit*

Grüne Politik formuliert einen klaren Gerechtigkeitsanspruch. Die sich vertiefende soziale Kluft in Deutschland, das Ausschließen vieler Menschen von Arbeit und Bildung und die starke Ungleichverteilung der Vermögen sind für uns nicht hinnehmbar. Wir werden uns hier weiter für die Schwachen stark machen und von starken Schultern fordern, dass sie mehr tragen müssen. Das richtet sich nicht gegen „die Freiheit“, sondern versucht möglichst viel Freiheit für Alle zu eröffnen.

Freiheit erfordert Gerechtigkeit und eine sozial ausgleichende Politik, wenn sie nicht die Freiheit einiger weniger meinen soll. Freiheit wird nicht durch Gerechtigkeit eingeschränkt, sondern nur in einer gerechten Gesellschaft können alle frei leben. Unser Freiheitsbegriff ist ein **solidarischer**. Sollen Freiheit und Selbstbestimmung nicht für viele nur leere Versprechen sein, braucht es soziale Sicherung und öffentliche Güter.

Es ist für uns selbstverständlich, dass sich Gerechtigkeit nicht in der Gängelung der Menschen durch eine Sozialbürokratie verwirklicht. Empowerment ist das Schlüsselwort: der Staat soll zur Selbstbestimmung befähigen und zur Freiheit unterstützen. Wir haben in unserer Partei immer wieder kontrovers über ein bedingungsloses Grundeinkommen diskutiert. Teile der Partei halten das Grundeinkommen für eine interessante Idee, die mehr Freiheit bringen würde. Das Ziel vieler GrundeinkommensbefürworterInnen, unseren Sozialstaat grundlegend aus der Perspektive der Befähigung und Freiheit zu erneuern, hat unsere Vorstellungen einer emanzipativen Sozialpolitik befruchtet und bereichert. Wir wollen die Debatte über das Grundeinkommen weiterfüh-

ren. Wir bitten die Bundestagsfraktion die Möglichkeiten auszuloten, zeitnah eine Enquete Kommission im Deutschen Bundestag einzurichten, damit noch in dieser Legislaturperiode Ideen und Modelle eines Grundeinkommens, sowie grundlegende Reformperspektiven für den Sozialstaat und die sozialen Sicherungssysteme diskutiert werden können. Grüne Politik will auch kommenden Generationen freie Entfaltungsmöglichkeiten offenhalten und sie nicht mit dem Erbe einer falschen Politik überfrachten. Daher berücksichtigen wir die Konsequenzen unseres Handelns für kommende Generationen. Lassen wir unser Gemeinwesen und unsere Infrastruktur verfallen, engen wir ihre Spielräume ein; müssen sie vorrangig unsere Schuldenberge abtragen, ist ihre Freiheit ebenfalls vermindert.

- *Demokratie und Freiheit*

Demokratie und Freiheit gehören untrennbar zusammen. Wir haben einen **partizipativen** Freiheitsbegriff. Demokratie ist der Rahmen für die Freiheit sich zu beteiligen, mitzugestalten und zu entscheiden. In diesem Zusammenhang steht auch unsere Frauenquote. Sie hilft dabei, die partizipative Freiheit aller MitbürgerInnen zu verwirklichen, in dem sie verkrustete Strukturen aufbricht. Erweiterte demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten von BürgerInnen in einer vitalen Demokratie bedeuten einen Zugewinn an Freiheit. Demokratie lebt von den Beiträgen und dem ständigen Abwägungsprozess einer lebendigen Zivilgesellschaft. Presse- und Medienfreiheit, sowie die Grundrechte auf Versammlung, Demonstration und Streik sind in einer demokratischen Gesellschaftsordnung unabdingbar. Freiheit und Demokratie werden jedoch nicht vererbt. Jede Generation muss sie neu erlernen und definieren. Gerade im gesellschaftlichen Umfeld wie auch in Bildungseinrichtungen sollten Freiheit und Demokratie vorgelebt und erfahren werden.

Immer wieder wird es demokratische Entscheidungen geben, die uns nicht gefallen. Freiheit ist aber immer und vor allem die Freiheit der Andersdenkenden. Deshalb verstehen wir unter Religionsfreiheit neben der individuellen wie der kollektiven Glaubensfreiheit ganz ausdrücklich auch die negative Religionsfreiheit als das Recht, die Religion zu wechseln bzw. keiner Religion anzugehören. Zur Freiheit der Andersdenkenden gehört gerade in einer modernen Gesellschaft auch das Recht zur Religionskritik. Religionskritik ist - nicht zuletzt in der Theologie - wesentlicher Motor der gesellschaftlichen Entwicklung; sie wird insbesondere durch die Kunst- und die Wissenschaftsfreiheit abgesichert.

Der Staat und seine Organe wie auch demokratische Entscheidungen sind an die Menschenrechte und die Grundrechte unserer Verfassung gebunden. Wir setzen uns für mehr direkte Demokratie und gegen die negativen Auswirkungen wirtschaftlicher Macht und intransparenter Entscheidungsprozesse auf Freiheit ein. Ein wirksamer Minderheitenschutz ist dabei für uns selbstverständlich. So sollen Volksinitiativen, die darauf aus sind, die Rechte einer Minderheit einzuschränken, die sich nach den Kriterien eines verfassungs- oder europarechtlichen Gleichheitsartikel definieren, unzulässig sein. Auch Grundrechte und wesentliche Verfassungsprinzipien dürfen durch Volksentscheide nicht zur Disposition gestellt werden. So kann eine aktive und selbstbestimmte Bürgergesellschaft eigene Entscheidungen treffen. Auch werden wir demokratische Strukturen und Entscheidungsmechanismen verteidigen. Die europäische Integration ist für uns der Inbegriff der Überwindung von Unfreiheit. Sie ist unsere Antwort auf Krieg und Nationalismus. Sie steht für den Abbau von Grenzen und das Zusammenwachsen von Gesellschaften. EU-BürgerInnen können frei entscheiden, in welchem Land der EU sie leben und arbeiten möchten. Diese Freizügigkeit gilt es jetzt mehr denn je gegen Angriffe von PopulistInnen zu verteidigen. Gerade in Zeiten der Globalisierung ist ein besseres Europa die Antwort auf die Sicherung und Gestaltung von Freiheit. Die EU muss politisch und demokratisch handlungsfähig bleiben und die Auswüchse des Neoliberalismus einhegen und nicht über Geheimverträge wie ACTA oder TTIP voranbringen will. Die Rechte der ArbeitnehmerInnen und VerbraucherInnen werden

nicht gestärkt, sondern abgebaut. Nicht einmal die Einhaltung der ILO-Abkommen wird gefordert. Die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger werden aber dann tangiert, wenn der sie schützende Rechtsrahmen durch internationale Abkommen unterminiert wird.

Grüne Freiheit zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft

Unser Freiheitsbegriff wurzelt historisch stark in den Bürgerbewegungen, im Drang aus einengenden Strukturen auszubrechen, die Dinge anders zu machen und selbst zu organisieren. Für unser Freiheitsverständnis spielt eine lebendige Zivilgesellschaft mit ihren Engagierten, ihren Vereinen und Verbänden eine zentrale Rolle. Eine funktionierende **Bürgergesellschaft** braucht Freiräume, um eigene Projekte zu entwickeln und alternative Wege zu gehen. Sie braucht einen rebellischen Geist, neue, kreative Ideen. Wir wollen diese Freiräume mit den Menschen gemeinsam erkämpfen und sichern. Deshalb fördern wir das Prinzip der Subsidiarität: der Staat muss nicht alles, was er gewährleistet, auch selbst organisieren. Wir halten grundsätzlich die Vielfalt von Trägern, Vereinen und Akteuren im Bereich der Bildung, der Jugendarbeit, der Kultur, im Sozialen wie in der Wirtschaft für eine Bereicherung.

Freiheit und demokratische Teilhabe sind auf die aktive Mitgestaltung einer pluralen Zivilgesellschaft angewiesen. Ein wichtiges Instrument in diesem Zusammenhang ist das Mittel der Gemeinnützigkeit von Vereinen. Allerdings sind gemeinnützige Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich regelmäßig auch politisch äußern, ständig der Gefahr ausgesetzt, ihre Gemeinnützigkeit zu verlieren. Das beinhaltet im schlimmsten Fall durch Steuer-Nachzahlungen ein sofortiges Ende ihrer wichtigen gesellschaftlichen Tätigkeit. Ein aktuell prominentes Beispiel ist die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Attac durch das Finanzamt Frankfurt. Dem widersprechen wir entschieden. Die Förderung demokratischer Teilhabe und politischer Willensbildung ist von allgemeinem Nutzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, der Förderung dieser Form gesellschaftlichen Engagements mehr Rechtssicherheit zu geben. Dabei sollte aber sicher gestellt werden, dass das gesellschaftspolitische Engagement der Menschen gestärkt wird und nicht die wirtschaftliche Mächtigen mit dem Mittel der steuerlichen Absetzbarkeit einen übermäßigen und gleichheitswidrigen Einfluss auf den Willensbildungsprozess gewinnen. Die Bundestagsfraktion soll daher das Gemeinnützigkeitsrecht prüfen und mit dieser Zielrichtung Vorschläge ausarbeiten und in den Gesetzgebungsprozess einzuspeisen.

Unsere Vision ist es, allen Menschen die gleiche Chance zur Verwirklichung ihrer Freiheit zu geben. Diese Freiheit ist voraussetzungsreich und braucht soziale Sicherheit und Solidarität. Ansonsten bleibt Selbstbestimmung auf wenige begrenzt, die sich diese leisten können. Dazu braucht es einen handlungsfähigen Staat, der die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger gegen Einschränkungen schützt und der die Voraussetzungen für freie Entfaltung ermöglicht. Denn nur, wenn Menschen in der Realität auch leben können, was sie gemäß ihrer Rechte dürfen, sind die Bedingungen von Freiheit erfüllt. Dementsprechend hat der Staat eine ambivalente Rolle – einerseits kann er die Freiheit der Menschen durch überzogenes Sicherheitsdenken oder überbordende Eingriffe gefährden, andererseits ist nur durch ihn die Verwirklichung gleicher Freiheit für alle möglich. Dieser Ambivalenz begegnen wir durch entschiedenes Eintreten für die Menschenwürde, die Grund- und Bürgerrechte, sowie den Kampf für Transparenz und demokratische Kontrolle der staatlichen Institutionen.

Fairer Wettbewerb und eine sozial-ökologische Marktwirtschaft sind ökonomische Pfeiler unserer Freiheitsordnung. Innovationsgeist, Unternehmertum und der Wettbewerb um neue Lösungen und Produkte sind Ausdruck wirtschaftlicher Freiheit, die wir stärken wollen. Doch ungezügelte deregulierte Märkte sehen wir ebenso als Bedrohung der Freiheit wie eine Machtwirtschaft, die durch Marktmacht und undurchsichtige Verstrickungen den Wettbewerb aushebelt. Wir haben und brauchen Partnerinnen und Partner in der Wirtschaft, gerade im Mittelstand, um die notwendige ökologische Modernisierung voranzutreiben.

Mit einfachen und klaren Regelungen eine große Wirkung zu erzielen ist immer das Ziel. Die Aufgabe, vor der die immer komplexer werdende moderne Gesellschaft steht, ist nicht der Abbau von Regeln, sondern die Erfindung besserer und die Auswahl und Implementierung der besten Regeln. Zahlreiche Beispiele zeigen, wie Menschen im lokalen oder regionalen Rahmen erfolgreich in der Lage sind, sich Grenzen zu setzen, um mit begrenzten Umweltressourcen schonend und nachhaltig umzugehen. Die große Schwierigkeit auf globaler Ebene, zu bindenden Vereinbarungen mit klaren, durchsetzbaren Regeln zu kommen, darf nicht zur Ausrede werden, das unangenehme Thema der notwendigen tiefgreifenden Modernisierung unserer Wirtschaft beiseite zu schieben.

Modernisierung und Innovation schaffen wir auch, indem wir die Patentregelungen auf europäischer Ebene weiterentwickeln. Patente basieren auf einer breiten Wissensgrundlage, die oft in hohem Maße durch staatlich finanzierte Forschung geschaffen wurde. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass es die Kultur der Selbstständigkeit fördert und nicht hemmt. Der Patentschutz soll sich auf neue Produkte und Ideen beschränken und nicht als Mittel gegen NeugründerInnen eingesetzt werden können.

II. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Stimme der Freiheit

Im Bundestag sind wir Grüne die Stimme für Freiheit und Selbstbestimmung. Die Große Koalition gefährdet mit ihrem Nichtstun bei Datenschutz bis Klimaschutz Freiheit und Selbstbestimmung in eklatanter Weise und sabotiert die Aufklärung des derzeitigen Überwachungs- und Geheimdienstskandals. Die Linke wiederum setzt auf radikalen Etatismus, der zu oft zu Lasten von Freiheit und Selbstbestimmung geht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind von Anfang an, seit Gründung DER GRÜNEN in der Bundesrepublik und von BÜNDNIS 90 in der DDR, eine Bürgerrechtspartei. Für uns ist klar: Eingriffe in die Rechte der BürgerInnen bedürfen einer besonderen Rechtfertigung: jede Maßnahme, die in Grundrechte eingreift, muss einen legitimen öffentlichen Zweck verfolgen und überdies geeignet, erforderlich und verhältnismäßig sein. Das Strafrecht ist für uns nur letztes („ultima ratio“) und nie einziges Mittel der Politik, um den Rechtsgüterschutz zu gewährleisten. Opferschutz, Prävention, soziale Integration und technische Maßnahmen müssen Repression flankieren, wo sie sie nicht ersetzen können. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN widersprechen dem konservativen Glauben, dass mit dem Strafrecht allein und mit Strafverschärfungen ein Übel aus der Welt zu schaffen ist. Mit populistischen Kampagnen im Kampf gegen Terror und Kriminalität werden Grundrechtspositionen immer wieder in Frage gestellt und Grundfreiheiten eingeschränkt. Wenn Politik mit der Angst gemacht wird, muss sich eine Bürgerrechts- und Freiheitspartei dem Mainstream entgegenstemmen und Stand halten. Sie hat hier die Rolle eines Korrektivs gegenüber christ- wie sozialdemokratischer Innenpolitik. Wir sind der Überzeugung: unbescholtene BürgerInnen haben grundsätzlich das Recht vom Staat in Ruhe gelassen zu werden. Sie müssen Eingriffe in ihre Grundrechte nicht erdulden. Dies haben wir im Kampf gegen die Vorratsdatenspeicherung unter Beweis gestellt. Die Abschottungspolitik der großen Koalition gefährdet die Menschenrechte von Flüchtlingen und MigrantInnen.

Grüne Politik verfolgt nicht nur einen klaren bürgerrechtsorientierten Kurs, sie macht Mut zum Widerstand gegen eine freiheits- und bürgerrechtsfeindliche Politik. Sie ist Pfadfinderin für neue Diskurse in Wirtschaft und Gesellschaft, in Ökologie und Verbraucherschutz, in Fragen der Bildung, Betreuung oder Genderpolitik. Dabei stehen wir vor einem neuen Kulturkampf: mit ihrem konservativ-reaktionären Gesellschaftsbild macht die AfD und fundamentalistische Netzwerke eine Kampfansage an die Vielfalt und Toleranz, für die wir stehen und will unsere hart erkämpften Errungenschaften abwickeln. Zu einer freien Gesellschaft gehört eine konsequent freiheits- und rechtsstaatsorientierte Gesetzgebung, die sich von antidemokratischen und aus nationalso-

zialistischem Denken stammenden Elementen löst. Ebenso nötig ist die Aufarbeitung von auch in der Bundesrepublik staatlich begangenen Unrecht, wie z.B. der durch den „Radikalenerlass“ erfolgten Berufsverbote oder der strafrechtlichen Verfolgung durch § 175 StGB.

II.1 Grundrechte schützen, Rechtsstaat und Privatsphäre im digitalen Zeitalter verteidigen, Überwachung stoppen

In Zeiten schwer kontrollierbarer Geheimdienste und Unternehmen (Facebook, Google und andere), die ohne jegliches Maß Daten verarbeiten, ist die Privatsphäre der Menschen akut gefährdet. Das Internet hat neue Möglichkeiten geschaffen. Doch Überwachung erstickt Freiheit, weil wir zu unseren eigenen Zensurbehörden werden. Wir wollen keine Überwachung des Internets, mit der letztendlich jede Kommunikation und alle Bewegungen im Netz lückenlos kontrolliert werden können. Wir sind alle verdächtig geworden. Mit unserem emanzipatorischen Freiheitsverständnis ist eine Komplettüberwachung und Rasterung von Menschen nach undurchsichtigen Algorithmen nicht vereinbar. Jede und jeder hat das Recht auf den Schutz der Privatsphäre und das Recht auf Geheimnisse, denn diese sind elementar für Freiheit und Demokratie. Staatliches Handeln muss diese Rechte verteidigen und die Bürgerinnen und Bürger vor Ausspähung, Profilbildung und Rasterung schützen.

Die Große Koalition gefährdet unsere Freiheit. Sie geht nicht entschieden gegen die flächendeckende Überwachung vor, aus Angst gute FreundInnen und PartnerInnen zu verschrecken. Sie sabotiert weiterhin die Aufklärung des Geheimdienst- und Überwachungsskandals durch das Parlament, weil sie Fragen zur Rolle der eigenen Dienste fürchtet.

Wir Grüne fordern auch weiterhin eine lückenlose Aufklärung der im Raum stehenden Überwachungspraktiken, denn sie sind mit unserer Verfassung nicht in Einklang zu bringen. Der Herrschaft des Rechts wollen wir angesichts sich verselbständigender Geheimdienste wieder Geltung verschaffen, Befugnisse eng begrenzen und die parlamentarische Kontrolle verbessern. Bestehende Datenaustauschabkommen mit den USA wollen wir stoppen und neu verhandeln. WhistleblowerInnen wie Edward Snowden wollen wir in ihrer widerständigen Haltung unterstützen, weil sie Freiheit sichert. Eine demokratische Gesellschaft lebt von informierten Bürgerinnen und Bürgern. Die Demokratie ist deshalb auf unabhängige und freie Medien angewiesen. Wir wollen die Vielfalt der Medien bewahren und ausbauen. Deshalb brauchen wir einen fairen Wettbewerb. Eine wichtige Rolle bei der Meinungs- und Willensbildung kommt den öffentlich-rechtlichen Medien zu. Qualität ist uns wichtiger als Quote. Deshalb wollen wir ARD und ZDF die Möglichkeit geben, ihre Angebote online weiter auszubauen.

II.2 Freiheit für ein selbstbestimmtes Morgen und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen

Nicht nur die jetzt lebenden Generationen haben ein Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung, sondern auch unsere Kinder und Kindeskinde. Unser Verständnis von Freiheit für alle ist solidarisch und verantwortungsbewusst: wir haben die Freiheit kommender Generationen im Blick, wir denken global und über das Heute hinaus. Deshalb ist es unsere Verantwortung, die Umwelt zu schützen und nicht mehr dauerhaft Ressourcen zu verbrauchen als sich natürlich erneuern. Der ungebremsste Klimawandel ist neben der Zerstörung der biologischen Vielfalt unseres Planeten die größte Hypothek, die wir kommenden Generationen weltweit aufbürden können. Schon heute leiden Menschen in anderen Regionen dieser Welt unter verheerenden Naturkatastrophen und den Folgen des Klimawandels. Der verantwortungslose Raubbau, mit dem die Industriestaaten die Zukunft unseres Planeten gefährden, geht zu Lasten der Ärmsten. Auch ihre Freiheit ist uns Grünen nicht egal, sondern einer der Gründe, warum wir konsequent für mehr globalen Klimaschutz und Solidarität mit den Ländern des Südens eintreten.

Die Große Koalition lässt die Klimakatastrophe ohne wirksame Gegenmaßnahmen geschehen. Die Emissionen steigen in Deutschland wieder an, die erneuerbaren Energien werden ausgebremst statt ausgebaut. Ein Umsteuern hin zu Energieeffizienz und –einsparung bleibt aus. Vielmehr steigt der Verbrauch dreckiger Kohle auf einen Höchststand.

Wir Grüne rücken den Klimaschutz und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen in den Mittelpunkt. Deutschland muss auf eine Vorreiterrolle in der EU drängen. Dazu müssen wir aber bei uns anfangen. Das bedeutet, wir brauchen ein Klimaschutzgesetz mit rechtsverbindlichen mittel- und langfristigen Emissionsminderungszielen. So kann Deutschland wieder eine glaubwürdige Vorbildfunktion einnehmen.

II.3 Kommende Generationen von Schuldenbergen befreien, Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge ermöglichen

Kommende Generationen brauchen finanzielle Spielräume, um die Aufgaben der Zukunft bewältigen zu können. Und sie müssen die Freiheit haben, selbst darüber zu entscheiden, wie sie diese Spielräume nutzen. Deshalb sind sie darauf angewiesen, dass wir so haushalten, dass sie nicht nur Schulden bedienen, sondern auch politisch gestalten können – bei uns heißt das solidarische und verantwortungsbewusste Freiheit.

Ohne Kitas, Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen, ohne Alters- und Pflegeheime, Krankenhäuser und ÄrztInnen sowie funktionierende öffentliche Verkehrsmittel und -wege werden viele Menschen in ihrer Freiheit beschnitten. Freiheit und Selbstbestimmung sind in Gefahr, wenn die Infrastruktur und die öffentliche Daseinsvorsorge nicht funktionieren.

Die Große Koalition gefährdet die Handlungsfreiheit und Selbstbestimmung kommender Generationen, indem sie ihre finanziellen Spielräume verkleinert: Die Rentenreform bürdet kommenden Generationen große finanzielle Lasten auf. Diese Wohltaten aus der Rentenversicherung und nicht aus Steuermitteln zu bezahlen, hätte die Union selbst früher als eine Versündigung an der Jugend kritisiert. Gleichzeitig verzichtet die Große Koalition auf den Abbau ökologisch schädlicher Subventionen und verschleppt systematisch dringend notwendige Investitionen in Infrastruktur. Die Investitionsquote ist im freien Fall. Die wenigen Mittel reichen nicht für den Erhalt und die Sanierung der bestehenden Infrastruktur, geschweige denn für wichtige Investitionen in die Zukunft. Das heißt, mit der Großen Koalition leben wir von der Substanz und schaffen es nicht eine Infrastruktur vorzuhalten, die die Voraussetzungen für freie Entscheidungen und Freiräume schafft.

Wir Grüne fordern eine seriöse Haushaltspolitik. Somit schaffen wir auch unseren Kindern die Freiheit, eigene Akzente zu setzen und nicht nur für unsere Schulden zu arbeiten. Nachhaltige Haushaltspolitik ermöglicht es, kommenden Generationen einen finanz-, sozial- und gesellschaftspolitischen Gestaltungsspielraum zu vererben. Dazu gehören neben solidem Haushalten vor allem Investitionen in die Zukunft. Eine Austeritätspolitik, die einseitig auf eine Kürzung öffentlicher Angebote und die Privatisierung öffentlicher Güter setzt, lehnen wir ab. Insbesondere Kommunen müssen angemessen ausgestattet sein, um ihre Infrastruktur erhalten zu können. Wir wollen nachhaltige Mobilität stärken und ein schnelles Internet für alle, egal ob sie in den Städten oder im ländlichen Raum leben. Gerade auch der Klimawandel fordert ressourcenschonende Innovationen und öffentliche Investitionen, damit wir die größte Menschheitsaufgabe angehen können.

II.4 Für freien und fairen Wettbewerb statt Monopole und Oligopole

Wirtschaftspolitik soll den Menschen dienen und sie im Sinne unseres partizipativen Freiheitsverständnisses in ihrer Selbstbestimmung und freien Entfaltung unterstützen. Das ist momentan nicht der Fall. Die Konzentration der Vermögen ist in Deutschland im Vergleich der Eurostaaten

am höchsten. Dies bevorteilt einige wenige und lässt viele im Regen stehen. Diese soziale Polarisierung gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit die Freiheit des Einzelnen.

Uns ist die Freiheit der Menschen wichtiger als die Freiheit des Kapitals. Um dies zu realisieren, brauchen wir einen handlungsfähigen Staat. Immer mehr international tätige Unternehmen erfordern auch internationale Ansätze, Monopole zu verhindern und multilateral Normen und Standards durchzusetzen. Wir brauchen keine Monopole, sondern Wettbewerb durch Innovationskraft, um Antworten für die dringend notwendige ökologische Modernisierung zu finden. Deshalb kämpfen wir gegen Machtwirtschaft und für fairen Wettbewerb mit gleichen Spielregeln für alle. Der europäische Binnenmarkt hat in der Vergangenheit gezeigt, dass freier Handel große Chancen bieten kann. Freihandelsabkommen sind nicht per se schlecht, wenn dabei die Rechte der VerbraucherInnen und demokratisch-rechtsstaatliche Grundsätze nicht verwässert, sondern nach Möglichkeit sogar gestärkt werden. Profitieren müssen Verbraucherschutz, Umweltschutz, soziale Rechte und Wirtschaft. Wir wollen solche Vertragsverhandlungen in diesem Sinne gestalten und transparent durchführen. Die vom Rat beschlossenen Mandate für TTIP und TISA und CETA, sowie der vorliegende Vertragstext für CETA zeigen in die falsche Richtung, deshalb lehnen wir die Verhandlungsergebnisse ab. Wir wollen Handelsabkommen die transparent verhandelt und nach sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausgerichtet sind und die die etablierten demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen nicht in Frage stellen. Dabei geht es uns auch darum, ob Agrarlobbys, Lebensmittel-Multis, Chemiekonzerne und Saatgutmonopolisten den schnellen Durchgriff haben auf Regierungspolitik oder ob die Freiheit und die Rechte der VerbraucherInnen vorne stehen. Die Handelsabkommen bergen die Gefahr, dass durch Klagen der Konzerne vor privaten Schiedsgerichten demokratische Entscheidungen ausgehebelt werden. Solche Klage-Privilegien lehnen wir ab. Und durch die weiter vorangetriebene Ökonomisierung von Kultur und Medien sowie wegen des divergierenden Kulturverständnisses droht der Schutz der kulturellen Vielfalt im Sinne der UNESCO-Konvention sowie die Anerkennung von Kulturgütern als Träger von Werten und Traditionen verloren zu gehen. Diese sind uns aber wichtig. Wir wollen die Freiheit der Kunst und Kultur schützen.

Die Große Koalition gefährdet Demokratie und Selbstbestimmung durch ihre Unterstützung von diesem TTIP. Die Bundeskanzlerin will die Risiken des transatlantischen Handelsabkommens nicht sehen, weil die Hoffnung auf wirtschaftliches Wachstum um jeden Preis überwiegt. Die SPD hat erst spät und unter massivem Druck zu zweifeln begonnen. Das ist nicht das einzige Beispiel einer Wirtschaftspolitik, die an den Menschen vorbei praktiziert wird. Bei der Reform des EEG wurden die Ausnahmen für Industrie nicht angetastet. So werden die Kosten weiter auf die VerbraucherInnen abgewälzt und die Konzerne geschont.

Wir Grüne kämpfen gegen Investor-Staats-Klagen, die in den Abkommen TTIP und CETA die demokratisch legitimierten Institutionen zu untergraben drohen. Erste Anzeichen für Zweifel innerhalb der EU-Kommission werten wir als Erfolg der Zivilgesellschaft, die aber weiter – mit unserer Unterstützung – Druck machen muss. Wir stellen uns gegen intransparente Verhandlungen und gegen die Absenkung von Standards. Alle geheimen Absprachen müssen auf den Tisch, damit die Abkommen öffentlich diskutiert werden. Aber wir machen bei TTIP und CETA nicht halt. Wir fordern klare Regeln für die Wirtschaft - gegen Kartelle und Oligopole oder Banken, die „too big to fail“ sind. Diese Regeln ermöglichen erst unternehmerische Freiheit für alle. Wir werden der Wirtschaft im Rahmen des Ordnungsrechts klare Regeln setzen. Dazu gehört auch Transparenz bei Lobbyismus, denn geheime Einflussnahme durch die Großen ist oft ein Problem für das Gemeinwohl. Die politische Selbstbestimmung wollen wir stärken, indem wir selbstorganisierte Zusammenschlüsse der europäischen Zivilgesellschaft, wie derzeit im Rahmen der europäischen Kampagne gegen CETA und TTIP, unterstützen.

Eine grüne Vorstellung von Zivilgesellschaft transportiert Impulse aus der Gesellschaft, befindet sich im stetigen Wandel und sollte auch gestärkt werden. Eine lebendige und verantwortungs-

bewusste Zivilgesellschaft ist eine zentrale Säule unserer Demokratie. Zivilgesellschaftliches Engagement soll selbstbestimmt und freiwillig sein, offen für alle, nachhaltig und transparent. Immer mehr Menschen setzen einer Ökonomie des Habens und Besitzens eine neue Kultur des Teilens entgegen. Share Economy, Repair Cafés, freie Bildungsinitiativen, Projekte der Bürgerenergie, aber auch autonome Zentren und unzählige weitere Initiativen sind Formen freier ökonomischer und sozialer Betätigung, die jenseits kommerzieller Märkte ein Mehr an Wohlstand bedeuten. Grüne Politik muss darauf ausgerichtet sein, solche Projekte zu ermöglichen und die Akteure zu unterstützen. Das schließt neben der politischen Anerkennung auch Hilfe bei der Vernetzung und im Bedarfsfall das Zurverfügungstellen von Infrastruktur ein. Außerdem wollen wir die Professionalisierung und Weiterentwicklung solcher Initiativen hin zum Social Business fördern. Menschen in die Lage zu versetzen, neue Formen des Wirtschaftens auszuprobieren und umzusetzen, ist ein wichtiger Teil des grünen Freiheitsgedankens.

II.5 Als VerbraucherInnen selbstbestimmt und frei entscheiden können

VerbraucherInnen brauchen unabhängige Informationen, um frei entscheiden zu können, welche Produkte sie kaufen, wo sie ihr Geld anlegen oder was sie essen. Unser emanzipatorisches Freiheitsverständnis basiert darauf, dass VerbraucherInnen dazu in die Lage versetzt werden, frei entscheiden zu können. Ein Lebensmittelskandal nach dem anderen macht deutlich, dass beim Schutz und bei der Information der VerbraucherInnen, genau wie bei der Transparenz der Lebensmittelproduktion, ein starker und tatkräftiger Anwalt für die Bürgerinnen und Bürger fehlt.

Die Große Koalition gefährdet die Selbstbestimmung der VerbraucherInnen, denn sie schränkt ihre Möglichkeiten ein, freie und transparente Entscheidungen zu fällen. Sie gefällt sich in der Rolle der Lobby der Produzenten – wie ihre Wirtschaftspolitik zeigt. Sie geht das Thema Verbraucherschutz und Verbraucherinformation nicht an.

Wir Grüne verstehen uns als Anwalt der Bürgerinnen und Bürger. Wir verteidigen die VerbraucherInnen gegenüber den großen Lobbys, sorgen für Transparenz und schaffen durch Information die Grundlage für freie Entscheidungen. Wir fordern verbraucherfreundliche Spielregeln für einen fairen und transparenten Markt. Damit kann – wer will – seine Kaufentscheidungen nach ökologischen und sozialen Merkmalen treffen. Deshalb brauchen wir ein grunderneueres Verbraucherinformationsgesetz, das selbstbestimmte Entscheidungen unterstützt. So stärken wir die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher und nehmen die Produzenten in die Pflicht. Außerdem wollen wir in Handelsverträgen mit Entwicklungsländern verpflichtend Umwelt-, Menschenrechts- und Sozialklauseln verankern.

II.6 Selbstbestimmt leben – ganz egal was der Background ist

Aus unserem emanzipatorischen Freiheitsverständnis heraus treten wir für gleiche Rechte für alle ein – egal welcher Herkunft, welchen Glaubens, welchen Alters, welchen Geschlechts und welcher sexuellen Identität, ob mit Behinderung oder ohne. Gleiche Rechte müssen vorbehaltlos für alle gelten. Wir leben in einer Gesellschaft, innerhalb derer ein friedliches und gemeinschaftliches Miteinander ständig neu erstritten und verteidigt werden muss und in der gruppenspezifische Menschenfeindlichkeit kein Randphänomen ist. Ziel grüner Politik war und ist es Vielfalt wertzuschätzen, Vielfalt also zu respektieren, zu bejahen und zu fördern. Deshalb kämpfen wir für eine inklusive Gesellschaft frei von Rassismus, Diskriminierung und jeglicher Form von Ausgrenzung. Hier gibt es in Deutschland immer noch viel Nachholbedarf. Frauen verdienen deutlich weniger als Männer. Die Kombination von Minijobs und Ehegattensplitting verhindert weiterhin die Absicherung von Frauen und bringt sie oft in die Altersarmut. Gleichzeitig fehlt es an einer emanzipatorischen Männer- und Jungenpolitik, die neue Wege jenseits der klassischen Rollen ermöglicht und unterstützt. Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften haben immer noch nicht die gleichen Rechte wie Heterosexuelle. Viele junge Menschen müssen sich immer noch entscheiden, welchen Pass sie haben wollen, statt einfach einen Doppelpass zu erhalten.

Die Große Koalition hat in der Gesellschaftspolitik bis jetzt nicht viel bewegt. Schlimmer noch, sie erhebt gar nicht erst ernsthaft den Anspruch die Gesellschaft zu modernisieren. Vielmehr macht sie Alibipolitik, die im besten Fall nichts schlimmer und im schlimmsten Fall vieles kaputt macht. Sie ringt sich widerwillig zu einer Frauenquote durch, die nicht weit genug geht. Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen werden weiterhin elementare Rechte vorenthalten. So bleibt die Große Koalition bei der verfassungswidrigen Benachteiligung eingetragener Lebenspartnerschaften im Adoptionsrecht und im Steuerrecht. Die doppelte Staatsbürgerschaft wurde von Sigmar Gabriel lauthals versprochen – gekommen sind bürokratische Ausnahmeregelungen. In der Drogen- und Suchtpolitik ist die Große Koalition ideologisch verbohr. Sie setzt auch weiterhin auf längst gescheiterte Verbote, Repression und Bevormundung.

Wir Grüne fordern einen neuen Aufbruch in der Gesellschaftspolitik. In der rot-grünen Regierungszeit haben wir viele neue Freiheiten erkämpft, doch seitdem hat sich nicht mehr viel getan. Wir Grüne kämpfen gegen jede Form von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, setzen uns für eine wirkliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und eine Ehe für alle ein, schlagen die Gläserne Decke für Frauen in dieser Gesellschaft ein und wollen Menschen nicht mehr vor die Entscheidung stellen, welchen Pass sie haben. In der Drogenpolitik wollen wir die ideologische Verbotspolitik ablösen. Wir wollen die Kriminalisierung von KonsumentInnen beenden und setzen stattdessen auf Vorbeugung, gesundheitliche Aufklärung und selbstbestimmten Konsum. Dazu gehört auch, heute illegale Substanzen wie Cannabis zu legalisieren und regulieren und ihre Abgabe unter strenger Kontrolle in lizenzierten Fachgeschäften zu ermöglichen. So kann der Jugendschutz gestärkt, Gesundheits- und Verbraucherstandards gesichert und der Schwarzmarkt ausgetrocknet werden, wie es einige Staaten international bereits vormachen. Wir verstehen Freiheit als solidarisch, partizipatorisch und emanzipatorisch, weil sie die Voraussetzungen für selbstbestimmte Entscheidungen für alle schafft. Deshalb setzen wir uns für eine Politik ein, die wirkliche Selbstbestimmung und ein Leben ohne unnötige Einschränkungen ermöglicht.

II.7. Eine freie Gesellschaft braucht Teilhabe und sozialen Zusammenhalt

Freiheit ist für uns Grüne nicht nur die Abwesenheit von staatlicher Repression und unsinnigen Verboten. Wir wollen auch die Freiheit und Selbstbestimmung von Menschen ausweiten, indem wir ihnen gemäß unserem emanzipatorischen und partizipativen Freiheitsverständnis mehr Teilhabe an dieser Gesellschaft ermöglichen. Frei ist eine Gesellschaft nur dann, wenn sie allen ihren Mitgliedern gleiche Rechte und Chancen einräumt. Dabei geht es nicht um staatliche Gleichmacherei, sondern um eine Politik, die sich dem Gemeinwohl und dem sozialen Zusammenhalt verpflichtet fühlt.

Die Große Koalition traut sich an eine grundlegende Reform unserer Sozialsysteme nicht heran. Dabei wissen im Grunde alle, dass unser Rentensystem keinen effektiven Schutz vor Altersarmut bietet und unsere Sozialbürokratie sehr bürokratisch, aber nur bedingt sozial ist.

Wir Grüne kämpfen für eine eigenständige Grundsicherung, die Selbstbestimmung ermöglicht und die keine neuen Abhängigkeiten schafft. Bis neue faire Regeln etabliert sind, fordern wir ein Sanktionsmoratorium. Mit unserer grünen Grundsicherung stellen wir uns auch gegen eine gänzelnde Sozialbürokratie. Jemand, bei dem bei Erwerbslosigkeit staatliche Behörden die Wohnung aufsuchen und die Zahl der Zahnbürsten zählt, ist nicht wirklich frei. Jemand, dem auch das unterste Existenzminimum durch Sanktionen gekürzt wird, ebenso wenig. Wir wollen eine Grundsicherung, die auf Motivation, Hilfe und Anerkennung statt auf Bestrafung setzt. Ein solches Prinzip der partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist mit den heutigen Sanktionsregeln und -automatismen nicht vereinbar. Im Kampf gegen die Altersarmut haben wir deshalb mit unserer Garantierente ein Konzept vorgelegt, das sicherstellt, dass auch Geringverdienende, Erwerbstätige in Teilzeit oder mit unterbrochenen Erwerbsbiografien als langjährig Versicherte der gesetzli-

chen Rentenversicherung im Alter nicht auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sind. Damit wird Altersarmut auch und gerade von Frauen verhindert.

II.8 Freie Entfaltung und selbstbestimmte Entscheidungen für alle Familien

In unserem Land gibt es eine große Vielfalt familiären Zusammenlebens, die alle unsere Unterstützung brauchen: Sie alle haben ein Recht darauf frei und selbstbestimmt ihren Alltag zu leben. Familie ist für uns Grüne da, wo Kinder sind und da, wo Menschen für einander Verantwortung übernehmen. Das tun sie in vielfältiger Form: Verheiratet oder unverheiratet, alleinerziehend, in Patchwork- oder Regenbogenfamilien oder in familiären Netzwerken über Generationen hinweg, die Menschen mit und ohne verwandtschaftliche Bindung einschließen. Der Staat muss diese Vielfalt des Zusammenlebens unterstützen und darf nicht ein einseitiges Leitbild vorgeben. Dafür müssen allerdings endlich die Voraussetzung geschaffen werden: ob über die notwendige Reform mit dem Ziel der Abschaffung des Ehegattensplittings, bei deren konkreter Ausgestaltung wir derzeit in einem Diskussionsprozess sind, eine Reform des Familienrechts, das auch soziale Eltern, insbesondere Patchwork- und Regenbogenfamilien, stärkt, über den Ausbau von Mehrgenerationenprojekten, über ausreichende Kita-Plätze, die Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut durch die Weiterentwicklung unserer Idee einer Kindergrundsicherung, eine funktionierende Betreuungs- und Schulinfrastruktur, die Möglichkeit von Teilzeitstellen, das Rückkehrrecht auf Vollzeit oder die Absicherung von Phasen der Fürsorge. Hier sind sowohl Staat als auch Wirtschaft und Gesellschaft gefragt, emanzipatorische und partizipative Freiheit zu ermöglichen. Wenn zwei Drittel aller Eltern Erwerbs- und Familienarbeit partnerschaftlich aufteilen wollen, dies aber nur in sechs Prozent der Fälle im Alltag gelingt, ist das eine erschreckende Diskrepanz – und ein Auftrag an unsere Politik, den wir beherzt annehmen. Diese Debatte wollen wir im kommenden Jahr mit unserem Schwerpunkt Zeitpolitik fortsetzen.

Die Große Koalition gefährdet die Wahl- und Entscheidungsfreiheit von Familien. Besonders die Union hält an einem Familienbild aus dem letzten Jahrhundert fest und ignoriert die Realität mit ihren vielfältigen Familienformen und vielseitigen Anforderungen. Das Betreuungsgeld, das tatsächlicher Wahlfreiheit und besseren Bildungschancen für viele Kinder entgegensteht, lehnen wir ab. Letztendlich leiden darunter die Kinder. Wirksame Maßnahmen gegen die geringeren Gehälter von Frauen bleibt sie schuldig.

Wir Grüne fordern Kinder in den Mittelpunkt der Familienpolitik zu stellen. Das bedarf der Anerkennung und Gleichbehandlung aller Familienmodelle und flexibler Arbeitsmodelle, die auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen. Dazu braucht es eine Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur, die es Eltern ermöglicht, Beruf und Familie partnerschaftlich zu vereinbaren. Bei der Infrastruktur dürfen wir die Qualität der Einrichtungen nicht vernachlässigen. Niemandem ist geholfen, wenn die Kinder entweder keinen Platz in einer Einrichtung finden oder in zu großen Gruppen zu wenige Anregungen erfahren.

II.9 Gute Bildung und Wissenschaftsfreiheit für Selbstbestimmung und gesellschaftliche Freiheit

Bildung ist der Grundpfeiler einer offenen und gerechten Gesellschaft. Gute Bildung von Anfang an ist entscheidende Voraussetzungen für persönliche Freiheit und Selbstbestimmung, für soziale, kulturelle und berufliche Teilhabe, für gleiche Chancen und Aufstiegsperspektiven für alle. Deshalb brauchen wir ein Bildungs- und Wissenschaftssystem, das den Menschen ermöglicht, bewusste und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen, an der Willensbildung teilzunehmen und ihren Bildungs- und Berufsweg selber bestimmen zu können. Eine pluralistische und lebendige Demokratie lebt vom Mitmachen der BürgerInnengesellschaft und von neuen Ideen, deswegen braucht es Freiräume für Kreativität und Innovationen sowie vielfältige Bildungsmöglichkeiten. Unser Land braucht endlich Bildungsorte, die bestmögliche Chancen für alle garan-

tieren und allen Kindern und Jugendlichen gerecht werden. Inklusion zum Beispiel muss gelebt werden. Dafür ist es unerlässlich, dass gesellschaftliche Vielfalt von Anfang wertgeschätzt und als Chance begriffen wird, denn nur so kann ein von Anerkennung geprägtes lernförderliches Klima gewährleistet werden. Als freiheitliche Gesellschaft müssen wir ein neues Chancen- und Aufstiegsversprechen geben und eine neue Bildungsexpansion ermöglichen, damit Chancen und Entfaltungsmöglichkeiten nicht länger nach Herkunft verteilt werden.

Die Große Koalition macht in der Bildungspolitik nur Trippelschritte. Zu einem vollständigen Kippen des Kooperationsverbots kann sie sich nicht durchringen, obwohl damit endlich die große gesamtstaatliche Aufgabe Bildung gemeinsam angepackt und ihre Finanzierungsgrundlage gestärkt werden könnten. Wir Grüne wollen den Mangel an Kita-, Ganztagsschul-, Ausbildungs- und Studienplätzen überwinden, das Kooperationsverbot in Gänze kippen, die Bildungsförderung stärken und die Qualität in allen Bildungseinrichtungen erhöhen. Kitas, Schulen und Hochschulen brauchen eine angemessene Ausstattung, denn nur so trägt Bildung zu einem selbstbestimmten Leben bei.

Bildung und Forschung sind Grundvoraussetzung zur Bewältigung der sozialen, ökologischen, kulturellen und ökonomischen Zukunftsfragen. Daher sind wir Grüne seit jeher eine starke Kraft für Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie. Hochschulen sehen wir als wesentliche Orte und Freiräume des Denkens, des Lernens, des Lehrens, des Forschens und der Erneuerung: Sie sind Quelle von Fortschritt und Kritik, von Geist und Kreativität, von herausragender Forschung und des kritischen Diskurses über ihre Potenziale, Chancen und Risiken. Sie helfen, unsere Gesellschaft und Wirtschaft durch technologische und soziale Innovationen zukunftsfähig zu gestalten.

Wissenschaftsfreiheit ist ein durch unser Grundgesetz garantiertes Grundrecht und Grundbedingung für wissenschaftliche Qualität. Sie ist konstitutiv für jede Demokratie, Gradmesser einer freiheitlichen Gesellschaft und unverzichtbar für neue Erkenntnisse – daher lehnen wir Denkverbote ab. Dabei benötigt Wissenschaftsfreiheit adäquate Rahmenbedingungen, eine auskömmliche Finanzierung, Methodenvielfalt und Pluralität der Ansätze, größtmögliche Transparenz und zivilgesellschaftliche Partizipation, den offenen gesellschaftlichen Diskurs über ethisch-moralische wie sozial-ökologische Grenzziehungen und die Ergebnisse von Technikfolgenabschätzung. Wir Grüne wollen erweiterte wissenschaftspolitische Möglichkeiten des Grundgesetzes nutzen, um dem weiteren Studierendenboom und wachsenden Forschungsbedarf gerecht zu werden. Die Grundfinanzierung der Hochschulen muss gestärkt und so die Balance zwischen Grund- und Drittmittel-Finanzierung wieder hergestellt werden. Wir wollen die Ziele erreichen, 7% des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und 3,5% in Forschung und Entwicklung zu investieren, um größere Freiräume für Bildung, Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie zu schaffen.